

EUROPÄISCHES PARLAMENT

2004



2009

Ausschuss für Wirtschaft und Währung

2008/2244(INI)

7.11.2008

ÄNDERUNGSANTRÄGE 1 - 50

Entwurf eines Berichts
Donata Gottardi
(PE412.281v01-00)

über die öffentlichen Finanzen in der WWU – 2008
(2008/2244(INI))

AM_Com_NonLegReport

Änderungsantrag 1
Donata Gottardi

Entwurf einer Entschließung
Bezugsvermerk 13 a (neu)

Entwurf einer Entschließung

Geänderter Text

– in Kenntnis der Schlussfolgerungen des Rates der Wirtschafts- und Finanzminister vom 4. November 2008 zur wirtschaftlichen Lage, zur Umsetzung der Reaktionen auf die Finanzkrise und zur Vorbereitung des Weltgipfels zur Finanzkrise;

Or. it

Änderungsantrag 2
Donata Gottardi

Entwurf einer Entschließung
Bezugsvermerk 13 b (neu)

Entwurf einer Entschließung

Geänderter Text

– in Kenntnis der Mitteilung der Kommission „Aus der Finanzkrise in den Aufschwung: Ein Aktionsrahmen für Europa“ (KOM(2008)0706) vom 29. Oktober 2008,

Or. it

Änderungsantrag 3
Donata Gottardi

Entwurf einer Entschließung
Bezugsvermerk 13 c (neu)

Entwurf einer Entschließung

Geänderter Text

– in Kenntnis der Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 15. und 16. Oktober 2008 in Brüssel bezüglich einer verstärkten Regulierung und Kontrolle der Finanzmärkte,

Or. it

**Änderungsantrag 4
Donata Gottardi**

**Entwurf einer Entschließung
Bezugsvermerk 13 d (neu)**

Entwurf einer Entschließung

Geänderter Text

– unter Hinweis auf das Treffen der Staats- und Regierungschefs der Eurogruppe vom 12. Oktober 2008 zur Annahme eines koordinierten Rettungsplans angesichts der Wirtschaftskrise,

Or. it

**Änderungsantrag 5
Donata Gottardi**

**Entwurf einer Entschließung
Bezugsvermerk 13 e (neu)**

Entwurf einer Entschließung

Geänderter Text

– in Kenntnis der Schlussfolgerungen des Rates der Wirtschafts- und Finanzminister vom 7. Oktober 2008 zu den unmittelbaren Reaktionen auf die Turbulenzen an den Finanzmärkten sowie unter Hinweis auf seine Entschließung vom 22. Oktober 2008 zum Europäischen Rat vom 15. und 16.

Oktober 2008,

Or. it

Änderungsantrag 6
Donata Gottardi

Entwurf einer EntschlieÙung
Erwägung A a (neu)

Entwurf einer EntschlieÙung

Geänderter Text

Aa. in der Erwägung, dass gegenüber künftigen Generationen eine Verpflichtung zu qualitativ hochwertigen und auf nachhaltige Entwicklung angelegten öffentlichen Finanzen besteht, und dass dies in der gegenwärtigen Phase tiefgreifender Störungen der Märkte noch größeren Stellenwert besitzt,

Or. it

Änderungsantrag 7
Andrea Losco

Entwurf einer EntschlieÙung
Erwägung A b (neu)

Entwurf einer EntschlieÙung

Geänderter Text

Ab. in der Erwägung, dass auf europäischer Ebene und insbesondere in der Eurozone eine koordinierte qualitätsorientierte Politik der öffentlichen Finanzen (QPF) zur Förderung eines langfristigen Wachstums als Reaktion auf die Herausforderungen des demografischen Wandels, der Globalisierung und des Klimawandels erforderlich ist, die auf der Grundlage gemeinsamer homogener Mechanismen festgelegt und bewertet werden muss,

Änderungsantrag 8
Donata Gottardi

Entwurf einer Entschließung
Erwägung A c (neu)

Entwurf einer Entschließung

Geänderter Text

Ac. in der Erwägung, dass die öffentlichen Finanzen dem Ziel dienen, die makroökonomischen Rahmenbedingungen zu unterstützen, öffentliche Dienstleistungen und Güter bereitzustellen, und dabei Fehlentwicklungen des Marktes und externe Nachteile auszugleichen,

Or. it

Änderungsantrag 9
Donata Gottardi

Entwurf einer Entschließung
Erwägung A d (neu)

Entwurf einer Entschließung

Geänderter Text

Ad. in der Erwägung, dass ein konzeptioneller und operativer Rahmen für eine wachstumsorientierte QPF sowie die Festlegung auf Wachstum als maßgebliches Kriterium für die Bewertung der QPF an die Überlegung gebunden sein sollte, dass die Haushaltspolitik und die öffentliche Hand der Mitgliedstaaten auf die Erhaltung und Erneuerung des Sozialstaates, des Versicherungsschutzes und der sozialen Absicherung sowie der Umverteilung der Ressourcen angelegt sein müssen,

Or. it

Änderungsantrag 10
Donata Gottardi

Entwurf einer EntschlieÙung
Erwägung A e (neu)

Entwurf einer EntschlieÙung

Geänderter Text

Ae. in der Erwägung, dass das niedrige Niveau der öffentlichen Investitionen (das bei weniger als 3 % des BIP liegt) und deren Streuung sich in Bezug auf das Ziel eines langfristigen und nachhaltigen Wachstums, das vielmehr eine zielgerichtete und auf Prioritäten festgelegte Politik der öffentlichen Hand erfordert, negativ auswirken,

Or. it

Änderungsantrag 11
Donata Gottardi

Entwurf einer EntschlieÙung
Erwägung A f (neu)

Entwurf einer EntschlieÙung

Geänderter Text

Af. in der Erwägung, dass die Einbeziehung geschlechterspezifischer Aspekte bei der Untersuchung, bei der Bewertung und bei den Perspektiven der Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen notwendig und angemessen erscheint,

Or. it

Änderungsantrag 12
Donata Gottardi

Entwurf einer EntschlieÙung
Zwischenüberschrift (neu) - (nach den Erwägungen)

Entwurf einer EntschlieÙung

Geänderter Text

Trendwende 2007/2008, Wirtschafts- und Finanzkrise und Zukunftsperspektiven

Or. it

**Änderungsantrag 13
Donata Gottardi**

**Entwurf einer EntschlieÙung
Ziffer -1 (neu)**

Entwurf einer EntschlieÙung

Geänderter Text

-1. stellt fest, dass die Analyse der Lage der öffentlichen Finanzen 2007 und Anfang 2008 eindeutig eine Trendwende und einen Rückgang des Wirtschaftswachstums belegt, die von einer kontinuierlich ansteigenden Inflationsrate und zunehmenden Einkommensunterschieden begleitet werden;

Or. it

**Änderungsantrag 14
Donata Gottardi**

**Entwurf einer EntschlieÙung
Ziffer -1 a (neu)**

Entwurf einer EntschlieÙung

Geänderter Text

-1a. bekundet seine Besorgnis angesichts der gegenwärtigen schwierigen internationalen und europäischen Wirtschafts- und Finanzlage, die zu einer bisher beispiellosen Instabilität geführt hat; beobachtet überdies die neue Dynamik, die sich im Verhältnis zwischen Staat und Markt und bei der veränderten

Wirtschafts- und Währungspolitik entwickelt hat, wo angesichts von Fehlentwicklungen des Marktes sowie von regelungsspezifischen und aufsichtsrechtlichen Schwachstellen Eingriffe der öffentlichen Hand, bisweilen in Form von regelrechten Verstaatlichungen, wieder eine zentrale und entscheidende Rolle spielen;

Or. it

Änderungsantrag 15
Donata Gottardi

Entwurf einer EntschlieÙung
Ziffer -1 b (neu)

Entwurf einer EntschlieÙung

Geänderter Text

-1b. weist darauf hin, dass angesichts der Krise in strategischen Sektoren, insbesondere im Finanz- und Verkehrsbereich, öffentliche Mittel in Beteiligungen investiert werden, ohne dass darauf geachtet wird, dass die Rettungsmaßnahmen auf das für die Erhaltung und Entwicklung der europäischen Wirtschaft erforderliche Mindestmaß beschränkt werden, und nicht nur rein nationalen Interessen dienen;

Or. it

Änderungsantrag 16
Donata Gottardi

Entwurf einer EntschlieÙung
Ziffer -1 c (neu)

Entwurf einer EntschlieÙung

Geänderter Text

-1c. hält es für erforderlich, dass die

Kommission und die Mitgliedstaaten die Folgen der Förderung der Großindustrie und des Finanz- und Kreditsektors sowie die Folgen der entsprechenden öffentlichen Beteiligungen sorgfältig abschätzen; hält es ebenso für sinnvoll, dass diese Folgen auch in Bezug auf den Wettbewerb, die Funktionsweise des Binnenmarkts und die Wahrung echter gleicher Wettbewerbsbedingungen abgeschätzt werden;

Or. it

Änderungsantrag 17
Donata Gottardi

Entwurf einer EntschlieÙung
Ziffer -1 d (neu)

Entwurf einer EntschlieÙung

Geänderter Text

-1d. weist nachdrücklich darauf hin, dass der überarbeitete Stabilitätspakt bereits die Bewältigung von besonders schwierigen Situationen ermöglicht, und dass die finanzielle Konsolidierung und die Ziele, die in den Stabilitäts- und Konvergenzprogrammen verankert wurden, weiterhin grundlegend für die Aussichten auf Erholung und Wachstum sind;

Or. it

Änderungsantrag 18
Donata Gottardi

Entwurf einer EntschlieÙung
Ziffer -1 e (neu)

Entwurf einer EntschlieÙung

Geänderter Text

-1e. weist im Interesse der Bürger, der

Steuerzahler und der öffentlichen Finanzen auf die Tragweite eines auf europäischer Ebene koordinierten Ansatzes zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Steuerparadiesen hin, erst recht zu einem Zeitpunkt, da die Gefahr besteht, dass sich die massiven staatlichen Eingriffe zugunsten der großen Finanz- und Industrieakteure negativ auf die finanzielle Konsolidierung und das Niveau der öffentlichen Verschuldung auswirken;

Or. it

Änderungsantrag 19
Donata Gottardi

Entwurf einer EntschlieÙung
Ziffer -1 f (neu)

Entwurf einer EntschlieÙung

Geänderter Text

-1f. betont, dass angemessene Kontrollen, echte Verbesserungen im Management und in der Geschäftsleitung von Unternehmen bzw. Institutionen, genaue Beschränkungen für die Vergütung der Führungskräfte und eine eindeutige Rechenschaftspflicht gegenüber öffentlichen Behörden bei jedem Eingriff der öffentlichen Hand und bei jedem Einsatz öffentlicher Mittel zur Rettung von Finanzinstitutionen auch im Interesse der Bürger, der Steuerzahler und der öffentlichen Haushalte sind; hält es für sinnvoll, dass die Kommission in diesem Zusammenhang Leitlinien ausarbeitet, um eine verträgliche und koordinierte Umsetzung der unterschiedlichen nationalen Pläne zu gewährleisten;

Or. it

Änderungsantrag 20
Donata Gottardi

Entwurf einer Entschließung
Ziffer -1 g (neu)

Entwurf einer Entschließung

Geänderter Text

-Ig. ist der Ansicht, dass sich die massiven Eingriffe der verschiedenen Mitgliedstaaten zur Rettung und Unterstützung der Bank- und Kreditindustrie offenkundig auf die öffentlichen Finanzen und die Einkommen der Bürger auswirken werden; hält daher eine angemessene und gerechte Verteilung der Steuerlast auf alle Steuerzahler für notwendig, was einerseits eine angemessene Besteuerung aller Finanzakteure und andererseits eine Regelung über eine progressive und erhebliche Verringerung der steuerlichen Belastung der geringen und mittleren Einkommen sowie der Renten u.a. durch Steuerabzugsmöglichkeiten, eine Überprüfung der Steuersätze und eine Aufhebung der Steuerdrift impliziert, um somit die Armut (und nicht nur die äußerste Armut) zu verringern, den Verbrauch und eine größere Nachfrage zu begünstigen und antizyklisch auf die derzeitige zu einer Rezession führende Wirtschaftskrise zu reagieren;

Or. it

Änderungsantrag 21
Donata Gottardi

Entwurf einer Entschließung
Ziffer -1 h (neu)

Entwurf einer EntschlieÙung

Geänderter Text

-1h. betont, dass die europäische Politik angesichts drohender Rezession und finanzieller Instabilität umgehend und in koordinierter Form makroökonomische Maßnahmen einleiten sollte; ermutigt die Kommission und die Mitgliedstaaten, vor allem jene der Eurozone, den Stabilitätspakt und geeignete antizyklische Mechanismen unter besonderer Berücksichtigung der Rolle von KMU intelligent und zielgerichtet für den Strukturwandel, für eine effiziente Verteilung der öffentlichen Mittel, für eine Neuausrichtung der öffentlichen Ausgaben und für Wachstumsinvestitionen im Einklang mit den Zielen von Lissabon anzuwenden;

Or. it

**Änderungsantrag 22
Donata Gottardi**

**Entwurf einer EntschlieÙung
Ziffer -1 i (neu)**

Entwurf einer EntschlieÙung

Geänderter Text

-1i. bekräftigt in diesem Zusammenhang, dass insbesondere in der Eurozone ein gemeinsamer Ansatz bei der Einkommenspolitik erforderlich ist, der an die tatsächliche Inflation und Produktivität gekoppelte Einkommenserhöhungen vorsieht, da die Steuer- und Einkommenspolitik leistungsfähige und wirksame Anreize für die Nachfrage sowie für Stabilität und Wirtschaftswachstum liefert;

Or. it

Änderungsantrag 23
Donata Gottardi

Entwurf einer EntschlieÙung
Ziffer -1 j (neu)

Entwurf einer EntschlieÙung

Geänderter Text

***-1j. begrüÙt, dass sich
Entscheidungszusammenhänge
abzeichnen, bei denen die Eurogruppe als
Zusammenschluss nicht nur der
Finanzminister, sondern auch der Staats-
und Regierungschefs der Eurozone als
erste Instanz der politischen und
wirtschaftlichen Koordinierung handelt,
um umgehende Reaktionen und
Strategien zu vereinbaren, nicht nur als
Reaktion auf die Wirtschafts- und
Finanzkrise, sondern auch um neue
Impulse für makroökonomische politische
MaÙnahmen und gemeinsame
Investitionen zu liefern mit dem Ziel, die
Wachstumsperspektiven zu begünstigen,
schwerwiegende Beeinträchtigungen der
öffentlichen Finanzen und der
finanziellen Stabilität der Europäischen
Union zu vermeiden und zu einem
besseren Gleichgewicht zwischen
Wirtschafts- und Finanzpolitik innerhalb
der Europäischen Union beizutragen;***

Or. it

Änderungsantrag 24
Donata Gottardi

Entwurf einer EntschlieÙung
Ziffer -1 k (neu)

Entwurf einer EntschlieÙung

Geänderter Text

***-1k. hält die Festlegung eines
obligatorischen Mechanismus der
Konsultation und Koordinierung
zwischen der Kommission und den***

Mitgliedstaaten insbesondere der Eurozone für sinnvoll, bevor entscheidende wirtschaftliche Maßnahmen verabschiedet werden, insbesondere bei Vorschriften im Zusammenhang mit den schwankenden Energie-, Rohstoff- und Lebensmittelpreisen;

Or. it

Änderungsantrag 25
Andrea Losco

Entwurf einer Entschließung
Ziffer 1 a (neu)

Entwurf einer Entschließung

Geänderter Text

Ia. ist zutiefst besorgt über die unmittelbaren Folgen der derzeitigen weltweiten Finanzkrise hinsichtlich der Nachhaltigkeit und der Qualität der öffentlichen Finanzen der Mitgliedstaaten; zeigt sich insbesondere besorgt über die Auswirkungen dieser Krise auf die Realwirtschaft und auf die Zahlungsbilanz der nicht am Eurowährungsgebiet teilnehmenden neuen Mitgliedstaaten, die eine erhebliche Verringerung der ausländischen Direktinvestitionen zu verzeichnen haben;

Or. it

Änderungsantrag 26
Pervenche Berès

Entwurf einer Entschließung
Ziffer 2

Entwurf einer Entschließung

Geänderter Text

2. weist nachdrücklich darauf hin, *wie*

2. weist nachdrücklich darauf hin, *dass die*

deutlich sich innerhalb der Europäischen Union das negative Verhältnis zwischen Defizit und öffentlicher Verschuldung einerseits und Wachstum andererseits zeigt; fordert die Mitgliedstaaten zu größeren Anstrengungen im Hinblick auf eine Konsolidierung der Steuerpolitik und eine Reduzierung des öffentlichen Defizits als Grundvoraussetzung für eine gesunde, wettbewerbsfähige und nachhaltige europäische Wirtschaft auf; erinnert ferner daran, dass schlecht konzipierte Bemühungen zur Verringerung des Defizits und der öffentlichen Verschuldung wie etwa Einschnitte bei den öffentlichen Investitionen negative Auswirkungen auf die langfristigen Wachstumsperspektiven haben;

Defizite und die öffentliche Verschuldung negative Auswirkungen auf das Wachstum haben, da sie den Handlungsspielraum der Mitgliedstaaten in Krisenzeiten beschneiden; fordert die Mitgliedstaaten zu größeren Anstrengungen im Hinblick auf eine Konsolidierung der Steuerpolitik und eine Reduzierung des öffentlichen Defizits *in Wachstumszeiten* als Grundvoraussetzung für eine gesunde, wettbewerbsfähige und nachhaltige europäische Wirtschaft auf; erinnert ferner daran, dass schlecht konzipierte Bemühungen zur Verringerung des Defizits und der öffentlichen Verschuldung wie etwa Einschnitte bei den öffentlichen Investitionen negative Auswirkungen auf die langfristigen Wachstumsperspektiven haben;

Or. fr

Änderungsantrag 27 **Katerina Batzeli**

Entwurf einer EntschlieÙung **Ziffer 2**

Entwurf einer EntschlieÙung

2. weist nachdrücklich darauf hin, wie deutlich sich innerhalb der Europäischen Union das negative Verhältnis zwischen Defizit und öffentlicher Verschuldung einerseits und Wachstum andererseits zeigt; fordert die Mitgliedstaaten zu größeren Anstrengungen im Hinblick auf eine Konsolidierung der Steuerpolitik und eine Reduzierung des öffentlichen Defizits als Grundvoraussetzung für eine gesunde, wettbewerbsfähige und nachhaltige europäische Wirtschaft auf; erinnert ferner daran, dass schlecht konzipierte Bemühungen zur Verringerung des Defizits und der öffentlichen Verschuldung wie etwa Einschnitte bei den öffentlichen

Geänderter Text

2. weist nachdrücklich darauf hin, wie deutlich sich innerhalb der Europäischen Union das negative Verhältnis zwischen Defizit und öffentlicher Verschuldung einerseits und Wachstum andererseits zeigt; fordert die Mitgliedstaaten zu größeren Anstrengungen im Hinblick auf eine Konsolidierung der Steuerpolitik und eine Reduzierung des öffentlichen Defizits als Grundvoraussetzung für eine gesunde, wettbewerbsfähige und nachhaltige europäische Wirtschaft auf; erinnert ferner daran, dass schlecht konzipierte Bemühungen zur Verringerung des Defizits und der öffentlichen Verschuldung wie etwa Einschnitte bei den öffentlichen

Investitionen negative Auswirkungen auf die langfristigen Wachstumsperspektiven haben;

Investitionen *oder generelle Erhöhungen der indirekten Steuern auf verbreitete Konsumgüter, die zu einem starken Inflationsdruck sowie zu sekundären Auswirkungen auf den Wirtschaftskreislauf führen*, negative Auswirkungen auf die langfristigen Wachstumsperspektiven haben;

Or. el

Änderungsantrag 28
Daniel Dăianu

Entwurf einer EntschlieÙung
Ziffer 2 a (neu)

Entwurf einer EntschlieÙung

Geänderter Text

2a. weist darauf hin, dass steigende Defizite in Zeiten wirtschaftlichen Abschwungs nur schwer zu vermeiden sind und regt an, dass die Mitgliedstaaten in solchen Zeiten über mehr Flexibilität in Bezug auf den Stabilitäts- und Wachstumspakt verfügen, um die wirtschaftliche Erholung und das Wachstum zu fördern; weist auf die haushaltsmäßigen Implikationen der derzeitigen Finanzkrise hin und fordert die Kommission auf, die Auswirkungen der öffentlichen Mittel, die in den Rettungsplänen für nationale Finanzinstitutionen zum Einsatz kommen, auf die öffentlichen Finanzen der Mitgliedstaaten zu bewerten; fordert die Kommission ferner auf, die Auswirkungen der Kriterien des Stabilitäts- und Wachstumspaktes im derzeitigen Umfeld mit geringem Wirtschaftswachstum und angesichts einer Situation, in der mehrere Mitgliedstaaten vor einer Rezession stehen, zu prüfen, und fordert eine Bewertung der Auswirkungen der steigenden Kreditkosten auf die

Änderungsantrag 29
Pervenche Berès

Entwurf einer EntschlieÙung
Ziffer 3

Entwurf einer EntschlieÙung

3. nimmt das ordnungsgemäÙe Funktionieren des reformierten Stabilitäts- und Wachstumspaktes zur Kenntnis; vertritt die Auffassung, dass der Korrekturmechanismus in den vergangenen Jahren auf zufriedenstellende Art und Weise eingesetzt worden ist und betont die Bedeutung des Präventivmechanismus als wesentlichem Instrument für die Nachhaltigkeit und die Konvergenz der Finanzpolitiken der Mitgliedstaaten, insbesondere derjenigen der Eurozone;

Geänderter Text

3. nimmt das ordnungsgemäÙe Funktionieren des reformierten Stabilitäts- und Wachstumspaktes zur Kenntnis; vertritt die Auffassung, dass der Korrekturmechanismus in den vergangenen Jahren auf zufriedenstellende Art und Weise eingesetzt worden ist und betont die Bedeutung des Präventivmechanismus als wesentlichem Instrument für die Nachhaltigkeit und die Konvergenz der Finanzpolitiken der Mitgliedstaaten, insbesondere derjenigen der Eurozone; ***weist jedoch darauf hin, dass aus der derzeitigen Krise und dem dadurch herbeigeführten neuen makroökonomischen Umfeld alle erforderlichen Lehren gezogen werden müssen; befürwortet unter den derzeitigen Umständen eine flexible Anwendung des Stabilitäts- und Wachstumspakts, wobei die Auswirkungen der Ausgaben auf die Erholung der Wirtschaftstätigkeit berücksichtigt werden sollten;***

Änderungsantrag 30
Daniel Dăianu

Entwurf einer EntschlieÙung
Ziffer 3

Entwurf einer EntschlieÙung

3. nimmt das ordnungsgemäÙe Funktionieren des reformierten Stabilitäts- und Wachstumspaktes zur Kenntnis; vertritt die Auffassung, dass der Korrekturmechanismus in den vergangenen Jahren auf zufriedenstellende Art und Weise eingesetzt worden ist und betont die Bedeutung des Präventivmechanismus als wesentlichem Instrument für die Nachhaltigkeit und die Konvergenz der Finanzpolitiken der Mitgliedstaaten, insbesondere derjenigen der Eurozone;

Geänderter Text

3. betont die Bedeutung des Präventivmechanismus als wesentlichem Instrument für die Nachhaltigkeit und die Konvergenz der Finanzpolitiken der Mitgliedstaaten, insbesondere derjenigen der Eurozone, **weist jedoch darauf hin, dass der Durchsetzungsmechanismus nach wie vor der grundlegende Schwachpunkt des Stabilitäts- und Wachstumspaktes ist;**

Or. en

Änderungsantrag 31 Donata Gottardi

Entwurf einer EntschlieÙung Ziffer 3 a (neu)

Entwurf einer EntschlieÙung

3a. teilt die Vorbehalte der Kommission bezüglich der Bedeutung der präventiven Komponente des Stabilitäts- und Wachstumspaktes, der Unterstützung und Inanspruchnahme der Mitgliedstaaten und des Austauschs vorbildlicher Verfahrensweisen; erkennt insbesondere an, dass sich dies auf eine Konzeption von mittelfristigen haushaltspolitischen Maßnahmen und auf eine Koordinierung auf europäischer Ebene stützt, da eine wirksame Umsetzung ein gemeinschaftliches Verständnis der wirtschafts- und haushaltspolitischen Herausforderungen und ein starkes politisches Engagement zu deren Bewältigung durch gezielte Maßnahmen in eine gemeinsame Richtung und in antizyklischer Funktion erfordert;

Geänderter Text

Änderungsantrag 32
Katerina Batzeli

Entwurf einer EntschlieÙung
Ziffer 3 a (neu)

Entwurf einer EntschlieÙung

Geänderter Text

3a. weist jedoch darauf hin, dass sowohl der Stabilitäts- und Wachstumspakt als auch die Entscheidungen und Maßnahmen der Europäischen Zentralbank umfassend an die neuen internationalen Gegebenheiten wie die gegenwärtige Finanzmarktkrise und die Rezession, die sich bereits in den Bereichen Beschäftigung und Wachstum in der Eurozone abzeichnet, angepasst werden müssen;

Or. el

Änderungsantrag 33
Katerina Batzeli

Entwurf einer EntschlieÙung
Ziffer 3 b (neu)

Entwurf einer EntschlieÙung

Geänderter Text

3b. betont, dass die Mechanismen und Bedingungen des Stabilitäts- und Wachstumspakts in diesem Rahmen ausgelegt werden müssen, und zwar mit Blick auf die Sicherung von Investitionen für grundlegende Strukturreformen, vor allem in den Bereichen Arbeitsmarkt, Bildung, soziale Konvergenz und Umweltschutz, aber auch dergestalt, dass Maßnahmen zur Stützung der Realwirtschaft und der Investoren ergriffen werden können;

Änderungsantrag 34
Katerina Batzeli

Entwurf einer EntschlieÙung
Ziffer 4

Entwurf einer EntschlieÙung

4. betont die Bedeutung der mittelfristigen Zielsetzung als eigenständigem Ziel der Politik in den Bereichen Wirtschaft, Steuern und Einnahmen, das über den makroökonomischen Dialog umgesetzt, an den jeweiligen Gegebenheiten eines jeden Mitgliedstaates ausgerichtet und über einen Mehrjahresplan abgewickelt werden muss; fordert die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, die Glaubwürdigkeit und die Verantwortlichkeit der mittelfristigen Zielsetzung sowohl auf nationaler Ebene durch eine stärkere Einbindung von Regierungsstellen, der nationalen Parlamente und der Sozialpartner (national ownership) als auch auf lokaler Ebene (sub-national public finance) mit Hilfe einer Festlegung regionaler Stabilitäts- und Wachstumspakte und regionaler mittelfristiger Zielsetzungen, bei denen die Auswirkungen der auf lokaler Ebene getätigten Ausgaben und Investitionen der öffentlichen Hand auf die nationalen öffentlichen Finanzen und auf die Wachstumsperspektiven der einzelnen Länder berücksichtigt werden, zu stärken;

Geänderter Text

4. betont die Bedeutung der mittelfristigen Zielsetzung als eigenständigem Ziel der Politik in den Bereichen Wirtschaft, Steuern und Einnahmen, das über den makroökonomischen Dialog umgesetzt, an den jeweiligen Gegebenheiten eines jeden Mitgliedstaates ausgerichtet, **den außerordentlichen Bedarf an Ausgleichsmaßnahmen, die angesichts der internationalen Lage auf den Wirtschafts- und Finanzmärkten erforderlich sind, berücksichtigen** und über einen Mehrjahresplan abgewickelt werden muss; fordert die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, die Glaubwürdigkeit und die Verantwortlichkeit der mittelfristigen Zielsetzung sowohl auf nationaler Ebene durch eine stärkere Einbindung von Regierungsstellen, der nationalen Parlamente und der Sozialpartner (national ownership) als auch auf lokaler Ebene (sub-national public finance) mit Hilfe einer Festlegung regionaler Stabilitäts- und Wachstumspakte und regionaler mittelfristiger Zielsetzungen, bei denen die Auswirkungen der auf lokaler Ebene getätigten Ausgaben und Investitionen der öffentlichen Hand auf die nationalen öffentlichen Finanzen und auf die Wachstumsperspektiven der einzelnen Länder berücksichtigt werden, zu stärken;

Änderungsantrag 35
Donata Gottardi

Entwurf einer EntschlieÙung
Ziffer 4

Entwurf einer EntschlieÙung

4. betont die Bedeutung der mittelfristigen Zielsetzung als eigenständigem Ziel **der Politik in den Bereichen Wirtschaft, Steuern und Einnahmen**, das über den makroökonomischen Dialog umgesetzt, an den jeweiligen Gegebenheiten eines jeden Mitgliedstaates ausgerichtet und über einen Mehrjahresplan abgewickelt werden muss; fordert die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, die Glaubwürdigkeit und die Verantwortlichkeit der mittelfristigen Zielsetzung sowohl auf nationaler Ebene durch eine stärkere Einbindung von Regierungsstellen, der nationalen Parlamente und der Sozialpartner (national ownership) als auch auf lokaler Ebene (sub-national public finance) mit Hilfe einer Festlegung regionaler Stabilitäts- und Wachstumspakte und regionaler mittelfristiger Zielsetzungen, bei denen die Auswirkungen der auf lokaler Ebene getätigten Ausgaben und Investitionen der öffentlichen Hand auf die nationalen öffentlichen Finanzen und auf die Wachstumsperspektiven der einzelnen Länder berücksichtigt werden, zu stärken;

Geänderter Text

4. betont die Bedeutung der mittelfristigen Zielsetzung als eigenständigem Ziel **einer an den Haushalt gekoppelten Wirtschafts-, Steuer- und Einkommenspolitik**, das über den makroökonomischen Dialog umgesetzt, an den jeweiligen Gegebenheiten eines jeden Mitgliedstaates ausgerichtet und über einen Mehrjahresplan abgewickelt werden muss; fordert die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, die Glaubwürdigkeit und die Verantwortlichkeit der mittelfristigen Zielsetzung sowohl auf nationaler Ebene durch eine stärkere Einbindung von Regierungsstellen, der nationalen Parlamente und der Sozialpartner (national ownership) als auch auf lokaler Ebene (sub-national public finance) mit Hilfe einer Festlegung regionaler Stabilitäts- und Wachstumspakte und regionaler mittelfristiger Zielsetzungen, bei denen die Auswirkungen der auf lokaler Ebene getätigten Ausgaben und Investitionen der öffentlichen Hand auf die nationalen öffentlichen Finanzen und auf die Wachstumsperspektiven der einzelnen Länder berücksichtigt werden, zu stärken;

Or. it

Änderungsantrag 36
Katerina Batzeli

Entwurf einer EntschlieÙung
Ziffer 4 a (neu)

4a. betont das enge Wechselverhältnis zwischen Sicherheit und Stabilität der Finanzmärkte einerseits und Erhaltung und Gewährleistung gesunder und stabiler öffentlicher Finanzen andererseits, das deutlich wird, wenn man sich die akute Gefahr vor Augen führt, dass sich die weltweite Finanzmarktkrise auf die Realwirtschaft verlagert; betont deshalb, dass sich die Maßnahmen zur Stützung des Finanzsystems, die auf nationaler und europäischer Ebene eingeleitet werden, nicht auf Schritte zur Lösung des Problems der Liquidität des Banksystems beschränken dürfen, sondern dass sie einhergehen müssen mit Maßnahmen zur Unterstützung der kleinen und mittleren Betriebe sowie Maßnahmen zur Gewährleistung der Liquidität, die eine Umverteilung und die bessere Unterstützung geringverdienender sozialer Gruppen ermöglichen, sowie mit eindeutigen und transparenten Bedingungen und Verpflichtungen für den Finanzsektor, durch die verhindert wird, dass die Kreditrisiken endgültig auf die Volkswirtschaften der Mitgliedschaften abgewälzt werden;

Or. el

Änderungsantrag 37

Donata Gottardi

Entwurf einer EntschlieÙung

Ziffer 4 a (neu)

4a. ist der Ansicht, dass die Vereinbarkeit der mehrjährigen Haushaltspläne mit der Festlegung und Umsetzung von Jahreshaushalten von wesentlicher

Bedeutung ist; ruft die Mitgliedstaaten zu mehr Genauigkeit bei der Erstellung makroökonomischer Prognosen und zu mehr Koordinierung bei der Festlegung der Kriterien, des Zeitplans und der Ziele der mehrjährigen Ausgaberahmen auf, damit auf europäischer Ebene mehr Effizienz und bessere Ergebnisse bei haushaltspolitischen und makroökonomischen Maßnahmen erzielt werden;

Or. it

Änderungsantrag 38
Daniel Dăianu

Entwurf einer EntschlieÙung
Ziffer 4 a (neu)

Entwurf einer EntschlieÙung

Geänderter Text

4a. weist darauf hin, dass die Mitgliedstaaten auf weitere Strukturreformen und eine verstärkte Haushaltsdisziplin sowie auf antizyklische Steuerpolitiken, mit deren Hilfe Haushaltsdefizite in Zeiten wirtschaftlichen Wachstums verringert werden, angewiesen sind, um für den Umgang mit negativen Schockentwicklungen von außen besser gewappnet zu sein;

Or. en

Änderungsantrag 39
Daniel Dăianu

Entwurf einer EntschlieÙung
Ziffer 4 b (neu)

Entwurf einer Entschließung

Geänderter Text

4b. weist auf die zusätzlichen Schwierigkeiten hin, die sich durch das Kriterium des Stabilitäts- und Wachstumspaktes in Bezug auf das Steuerdefizit hinsichtlich jener Mitgliedstaaten ergeben, die verstärkt darauf angewiesen sind, große öffentliche Projekte zu finanzieren, um die reale Konvergenz zu beschleunigen;

Or. en

**Änderungsantrag 40
Daniel Dăianu**

**Entwurf einer Entschließung
Ziffer 4 c (neu)**

Entwurf einer Entschließung

Geänderter Text

4c. betont die Bedeutung der Ausarbeitung makroökonomischer Pläne zur Bewältigung externer Schockwirkungen (wie die derzeitige Subprime-Finanzkrise), bei denen nicht nur die Lage in der Eurozone berücksichtigt wird, sondern auch diejenige in den aufstrebenden Volkswirtschaften der Europäischen Union; weist nachdrücklich auf die Risiken hin, die mit einer Konzentration ausschließlich auf die Eurozone verbunden sind;

Or. en

**Änderungsantrag 41
Daniel Dăianu**

**Entwurf einer Entschließung
Ziffer 4 d (neu)**

Entwurf einer EntschlieÙung

Geänderter Text

4d. fordert eine eingehende Prüfung des Vorschlags zum Aufbau eines unionsweiten Fonds für Finanzkrisen, womit möglicherweise mit dem nächsten Mehrjahres-Finanzrahmen begonnen werden könnte;

Or. en

Änderungsantrag 42
Pervenche Berès

Entwurf einer EntschlieÙung
Ziffer 5

Entwurf einer EntschlieÙung

Geänderter Text

5. erinnert daran, dass das wesentliche Ziel gesunder und konsolidierter öffentlicher Finanzen vor dem Hintergrund der Anforderungen des neuen Stabilitätspaktes und gleichzeitig vor dem Hintergrund der Perspektive für Entwicklung, Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit der Strategie von Lissabon gesehen werden muss, mit der nicht nur strukturelle Reformen eingefordert werden, sondern auch eine Zusammensetzung der öffentlichen Ausgaben und eine Besteuerungsstruktur, die die Investitionen (in Humankapital, Forschung und Innovation, Bildung und Weiterbildung, einschließlich derjenigen des dritten Grades, sowie Gesundheit, Infrastrukturen, Umwelt, Sicherheit und Justiz) im Hinblick auf Wachstum und Beschäftigung unterstützen werden;

5. erinnert daran, dass das wesentliche Ziel gesunder und konsolidierter öffentlicher Finanzen vor dem Hintergrund **der wirtschaftlichen Konjunktur**, der Anforderungen des neuen Stabilitätspaktes und gleichzeitig vor dem Hintergrund der Perspektive für Entwicklung, Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit der Strategie von Lissabon gesehen werden muss, mit der nicht nur strukturelle Reformen eingefordert werden, sondern auch eine Zusammensetzung der öffentlichen Ausgaben und eine Besteuerungsstruktur, die die Investitionen (in Humankapital, Forschung und Innovation, Bildung und Weiterbildung, einschließlich derjenigen des dritten Grades, sowie Gesundheit, Infrastrukturen, Umwelt, Sicherheit und Justiz) im Hinblick auf Wachstum und Beschäftigung unterstützen werden;

Or. fr

Änderungsantrag 43
Katerina Batzeli

Entwurf einer EntschlieÙung
Ziffer 5

Entwurf einer EntschlieÙung

5. erinnert daran, dass das wesentliche Ziel gesunder und konsolidierter öffentlicher Finanzen vor dem Hintergrund der Anforderungen des neuen Stabilitätspaktes und gleichzeitig vor dem Hintergrund der Perspektive für Entwicklung, Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit der Strategie von Lissabon gesehen werden muss, mit der nicht nur strukturelle Reformen eingefordert werden, sondern auch eine Zusammensetzung der öffentlichen Ausgaben und eine Besteuerungsstruktur, die die Investitionen (in Humankapital, Forschung und Innovation, Bildung und Weiterbildung, einschließlich derjenigen des dritten Grades, sowie Gesundheit, Infrastrukturen, Umwelt, Sicherheit und Justiz) **im Hinblick auf** Wachstum und Beschäftigung unterstützen werden;

Geänderter Text

5. erinnert daran, dass das wesentliche Ziel gesunder und konsolidierter öffentlicher Finanzen vor dem Hintergrund der Anforderungen des neuen Stabilitätspaktes und gleichzeitig vor dem Hintergrund der Perspektive für Entwicklung, Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit der Strategie von Lissabon gesehen werden muss, mit der nicht nur strukturelle Reformen eingefordert werden, sondern auch eine Zusammensetzung der öffentlichen Ausgaben und eine Besteuerungsstruktur, die die Investitionen (in Humankapital, Forschung und Innovation, Bildung und Weiterbildung, einschließlich derjenigen des dritten Grades, sowie Gesundheit, Infrastrukturen, Umwelt, Sicherheit und Justiz) **sowie die Umverteilung dieser Einnahmen zur Gewährleistung des sozialen Zusammenhalts und von** Wachstum und Beschäftigung unterstützen werden;

Or. el

Änderungsantrag 44
Donata Gottardi

Entwurf einer EntschlieÙung
Ziffer 6 a (neu)

Entwurf einer EntschlieÙung

Geänderter Text

6a. hält einen obligatorischen Mechanismus zur Beratung der nationalen Parlamente unter Mitwirkung des Europäischen Parlaments zur koordinierten Festlegung von Stabilitäts-

und Konvergenzprogrammen nach Maßgabe des Stabilitätspakts und von nationalen Reformprogrammen, im Einklang mit den integrierten Leitlinien von Lissabon für sinnvoll, wobei gewährleistet werden sollte, dass diese miteinander verbunden und möglichst jedes Jahr im Herbst gemeinsam vorgelegt werden;

Or. it

Änderungsantrag 45
Donata Gottardi

Entwurf einer Entschließung
Ziffer 8 a (neu)

Entwurf einer Entschließung

Geänderter Text

8a. ist der Ansicht, dass die in die Politik der Lissabonstrategie einbezogenen Finanzmärkte und -dienste als Schutzgarantie gegen negative Folgen für Wachstum und öffentliche Finanzen an die Stabilität der Finanzen und an Aufsichtsmechanismen gekoppelt werden müssen; äußert außerdem seine Sorge über Hinweise auf den Einsatz neuer und derivativer Finanzinstrumente durch örtliche Behörden, die die Gemeinden in die Knie zwingen können;

Or. it

Änderungsantrag 46
Donata Gottardi

Entwurf einer Entschließung
Ziffer 8 b (neu)

Entwurf einer Entschließung

Geänderter Text

8b. hält die Annahme eines neuen,

systematischen und zwischen den Mitgliedstaaten insbesondere der Eurozone koordinierten Ansatzes für die öffentlichen Finanzen für notwendig, mit dem das Ziel der Förderung eines langfristigen Wachstums und Wachstumspotenzials der Wirtschaft und hauptsächlich eines multidimensionalen Rahmens für die Festlegung und Ermittlung der Qualität der öffentlichen Finanzen verfolgt wird, womit sichergestellt wird, dass die europäische Wirtschaft bei externen Schocks elastisch bleibt, dass auf die demografischen Herausforderungen und die Herausforderungen des internationalen Wettbewerbs reagiert wird und Gerechtigkeit sowie sozialer Zusammenhalt gewährleistet sind;

Or. it

Änderungsantrag 47
Pervenche Berès

Entwurf einer EntschlieÙung
Ziffer 9

Entwurf einer EntschlieÙung

9. hält es für unbedingt erforderlich, dass sich die Mitgliedstaaten an einer qualitätsorientierten Politik der öffentlichen Finanzen ausrichten, die konvergent angelegt ist und sich an einer Messlatte orientiert, die Indikatoren und Ziele umfasst, für deren Erstellung und Festlegung das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente eingebunden werden; hält den Vorschlag der Kommission für nützlich und befürwortet ein System zur Bewertung der Haushaltspolitik, das sich auf spezifische Aspekte konzentriert, wie etwa Zusammensetzung, Effizienz und Wirksamkeit der öffentlichen Ausgaben,

Geänderter Text

9. hält es für unbedingt erforderlich, dass sich die Mitgliedstaaten an einer qualitätsorientierten Politik der öffentlichen Finanzen ausrichten, die konvergent angelegt ist und sich an einer Messlatte orientiert, die Indikatoren und Ziele umfasst, für deren Erstellung und Festlegung das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente eingebunden werden; hält den Vorschlag der Kommission für nützlich und befürwortet ein System zur Bewertung der Haushaltspolitik, das sich auf spezifische Aspekte konzentriert, wie etwa Zusammensetzung, Effizienz und Wirksamkeit der öffentlichen Ausgaben,

Struktur und Effizienz des Einnahmensystems, Effizienz und Qualität der öffentlichen Verwaltung, ausgewogene Haushaltsführung sowie ein Koordinierungsverfahren für die Politik der qualitätsorientierten öffentlichen Finanzen zwischen den Mitgliedstaaten;

Struktur und Effizienz des Einnahmensystems, Effizienz und Qualität der öffentlichen Verwaltung, ausgewogene Haushaltsführung sowie ein Koordinierungsverfahren für die Politik der qualitätsorientierten öffentlichen Finanzen zwischen den Mitgliedstaaten; ***befürwortet nachdrücklich eine verbesserte Vergleichbarkeit der nationalen Haushalte, um den genannten Zielen nachzukommen;***

Or. fr

Änderungsantrag 48 **Donata Gottardi**

Entwurf einer EntschlieÙung **Ziffer 10**

Entwurf einer EntschlieÙung

10. unterstützt die Mitgliedstaaten in ihren Bemühungen, eine Politik der qualitätsorientierten öffentlichen Finanzen in Verbindung mit einem Verfahren zur Beurteilung der Haushaltspolitik – leistungsorientierte Haushaltsplanung nach dem OECD-Modell – anzunehmen, das darauf ausgerichtet ist, die Qualität der öffentlichen Ausgaben durch eine stärkere Verknüpfung von Mittelzuweisung und Ergebnis zu steigern; vertritt die Auffassung, dass ein gutes Beispiel für eine leistungsorientierte Haushaltsplanung das so genannte Gender Budgeting sein kann, ein Verfahren, das vom Europäischen Parlament gewollt und gefördert wurde, in unterschiedlichem Maße auf lokaler und zentraler Ebene in verschiedenen Mitgliedstaaten eingesetzt wurde und das mit noch stärkerer Kohärenz auch auf europäischer Ebene umzusetzen bleibt; fordert die Kommission auf, Verfahren, Leitlinien und Indikatoren für eine leistungsorientierte

Geänderter Text

10. unterstützt die Mitgliedstaaten in ihren Bemühungen, eine Politik der qualitätsorientierten öffentlichen Finanzen in Verbindung mit einem Verfahren zur Beurteilung der Haushaltspolitik – ***wie die*** leistungsorientierte Haushaltsplanung nach dem OECD-Modell – anzunehmen, das darauf ausgerichtet ist, die Qualität der öffentlichen Ausgaben durch eine stärkere Verknüpfung von Mittelzuweisung und Ergebnis zu steigern; vertritt die Auffassung, dass ein gutes Beispiel für eine leistungsorientierte Haushaltsplanung das so genannte Gender Budgeting sein kann, ein Verfahren, das vom Europäischen Parlament gewollt und gefördert wurde, in unterschiedlichem Maße auf lokaler und zentraler Ebene in verschiedenen Mitgliedstaaten eingesetzt wurde und das mit noch stärkerer Kohärenz auch auf europäischer Ebene umzusetzen bleibt; fordert die Kommission auf, Verfahren, Leitlinien und Indikatoren für eine leistungsorientierte

Haushaltsplanung auszuarbeiten, die eine Vergleichbarkeit und Konvergenz der Finanzpolitik und der makroökonomischen Politik der Mitgliedstaaten ermöglichen, und der Tatsache Rechnung zu tragen, dass dies stärker eingebundene sowie gut unterrichtete und sensibilisierte Bürger mit einer größeren Eigenverantwortung voraussetzt;

Haushaltsplanung auszuarbeiten, die eine Vergleichbarkeit und Konvergenz der Finanzpolitik und der makroökonomischen Politik der Mitgliedstaaten ermöglichen, und der Tatsache Rechnung zu tragen, dass dies stärker eingebundene sowie gut unterrichtete und sensibilisierte Bürger mit einer größeren Eigenverantwortung voraussetzt;

Or. it

Änderungsantrag 49
Pervenche Berès

Entwurf einer EntschlieÙung
Ziffer 13

Entwurf einer EntschlieÙung

13. weist nachdrücklich darauf hin, dass Steuerreformen, die auf gesunde öffentliche Finanzen, auf Wachstum, Effizienz, Vereinfachung, Beseitigung von Verzerrungen, auf die Bekämpfung von Steuerflucht und Steuerbetrug ausgerichtet sind, sich als umso wirksamer erweisen, wenn sie unter Berücksichtigung des Entwicklungspotenzials und der Wettbewerbsfähigkeit des Binnenmarkts koordiniert und in enger Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und insbesondere zwischen den Staaten der Eurozone in die Wege geleitet werden;

Geänderter Text

13. weist nachdrücklich darauf hin, dass Steuerreformen, die auf gesunde öffentliche Finanzen, auf Wachstum, Effizienz, Vereinfachung, Beseitigung von Verzerrungen, auf die Bekämpfung von Steuerflucht, Steuerbetrug und **Steuerparadiesen** ausgerichtet sind, sich als umso wirksamer erweisen, wenn sie unter Berücksichtigung des Entwicklungspotenzials und der Wettbewerbsfähigkeit des Binnenmarkts koordiniert und in enger Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und insbesondere zwischen den Staaten der Eurozone in die Wege geleitet werden;

Or. fr

Änderungsantrag 50
Pervenche Berès

Entwurf einer EntschlieÙung
Ziffer 16

Entwurf einer EntschlieÙung

16. betont die wesentliche Bedeutung eines umsichtigen Haushaltsmanagements auf der Grundlage eines Pakets von Regeln und Verfahren zur Festlegung der Art und Weise der Vorbereitung der Staatshaushalte und zu deren mittelfristigen Ausführung und Überwachung im Verhältnis zur finanziellen Konsolidierung der Mitgliedstaaten und der Neuausrichtung der Ausgaben der öffentlichen Hand, verbunden mit einem kontextbezogenen (europäischen, nationalen oder lokalen) Analyseverfahren und einem Verfahren zur Ermittlung der Zielsetzungen, das die vorbeugende und abschließende Beurteilung der Auswirkungen, die Überprüfung sowie die Beurteilung des Ergebnisses, der Leistungen und der Anpassungsmechanismen nach den leistungsorientierten Haushaltsverfahren umfasst; vertritt die Auffassung, dass die Bestimmungen zum Steuermanagement homogen und kontextbezogen sowie zeitlich richtig angelegt sein müssen, dass sie die Zielsetzungen zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten und insbesondere innerhalb der Eurozone beachten und durch ein Wirtschaftsmanagement ergänzt werden müssen, um die haushaltstechnischen, die wirtschaftlichen und die investitionsspezifischen Entscheidungen zu unterstützen, die gemeinsam und einvernehmlich getroffen werden und ausnahmslos darauf ausgelegt sind, deren Effizienz zu steigern und signifikante Ergebnisse zu erzielen, die im Kontext schwieriger wirtschaftlicher Phasen wie der derzeitigen Phase von ganz besonderer Bedeutung sind;

Geänderter Text

16. betont die wesentliche Bedeutung eines umsichtigen Haushaltsmanagements auf der Grundlage eines Pakets von Regeln und Verfahren zur Festlegung der Art und Weise der Vorbereitung der Staatshaushalte und zu deren mittelfristigen Ausführung und Überwachung im Verhältnis zur finanziellen Konsolidierung der Mitgliedstaaten und der Neuausrichtung der Ausgaben der öffentlichen Hand, verbunden mit einem kontextbezogenen (europäischen, nationalen oder lokalen) Analyseverfahren und einem Verfahren zur Ermittlung der Zielsetzungen, das die vorbeugende und abschließende Beurteilung der Auswirkungen, die Überprüfung sowie die Beurteilung des Ergebnisses, der Leistungen und der Anpassungsmechanismen nach den leistungsorientierten Haushaltsverfahren umfasst; vertritt die Auffassung, dass die Bestimmungen zum Steuermanagement homogen und kontextbezogen sowie zeitlich richtig angelegt sein müssen, dass sie die Zielsetzungen zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten und insbesondere innerhalb der Eurozone beachten und durch ein Wirtschaftsmanagement ergänzt werden müssen, um die haushaltstechnischen, die wirtschaftlichen und die investitionsspezifischen Entscheidungen zu unterstützen, die gemeinsam und einvernehmlich getroffen werden und ausnahmslos darauf ausgelegt sind, deren Effizienz zu steigern, **einen Multiplikatoreneffekt zu bewirken** und signifikante Ergebnisse zu erzielen, die im Kontext schwieriger wirtschaftlicher Phasen wie der derzeitigen Phase von ganz besonderer Bedeutung sind; **vertritt die Auffassung, dass nicht koordinierte nationale Pläne für den Wiederaufschwung Gefahr laufen, sich**

gegenseitig zu neutralisieren; vertritt vor diesem Hintergrund die Auffassung, dass die nationalen Haushalte auf der Grundlage gemeinsamer konjunktureller Perspektiven und Analysen ausgearbeitet werden müssen;

Or. fr